

Pressegespräch Dienstag, 24.06.2025 in Dresden

Statement

Dr.-Ing. Herbert Snell
Vizepräsident bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe
und Entsorgung e.V.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Pressekontakt:

Jörg Lacher
bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.
Fränkische Straße 2
53229 Bonn
Tel: 0228 98849-27
Fax: 0228 98849-99
E-Mail: lacher@bvse.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen.

Die Kunststoffindustrie in Europa befindet sich in einer tiefgreifenden Marktkrise. Die gesamte Wertschöpfungskette – von der Herstellung über die Compoundierung, Verarbeitung, dem Maschinen- und Anlagenbau bis hin zum Kunststoffrecycling – steht unter massivem Druck.

Eine seit zwei Jahren nachlassende industrielle Nachfrage hat zu einem spürbaren Preisverfall bei Primärkunststoffen wie auch bei Rezyklaten geführt.

Nach wie vor gilt: Rezyklate kommen nur dann zum Einsatz, wenn sie preislich unter der Neuware liegen. Ein strategischer, der Nachhaltigkeit verpflichtender Einsatz findet viel zu selten statt. Hinzu kommen illegale Rezyklatimporte, die ohne Einhaltung europäischer Standards und unter Verletzung geltenden Rechts den hiesigen Markt schwächen und europäische Recycler zunehmend verdrängen.

Die hohen Energiepreise in Deutschland machen Recycling für viele Unternehmen defizitär. Gleichzeitig lähmen Überregulierung, bürokratische Hemmnisse und Fachkräftemangel den notwendigen Umbau zur Kreislaufwirtschaft. Europaweit führen diese strukturellen Be-

lastungen zu einer sinkenden Produktionsleistung. Die Recyclingkapazitäten gehen zurück, Insolvenzen nehmen zu.

Wir richten sechs zentrale Forderungen an die Politik, um eine funktionstüchtige, wettbewerbsfähige und nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Europa zu ermöglichen:

Erstens braucht Europa einen effektiven Marktschutz und eine faire Handelsregulierung. Es ist zwingend notwendig, für recycelte Kunststoffe sowie für Produkte mit Rezyklatanteil eigene Zollcodes einzuführen. Nur so lassen sich Einfuhren transparent überwachen und rückverfolgen.

Gleichzeitig muss ein sogenannter Spiegelklausel-Mechanismus sicherstellen, dass alle importierten Produkte denselben Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Sicherheitsstandards entsprechen wie Erzeugnisse aus europäischer Produktion.

Die bestehenden Kontrollsysteme für Importe müssen durchsetzungsfähiger werden, um Verstöße effizient zu ahnden. Auch Mengenentwicklungen bei neuen und recycelten Polymeren sollten kontinuierlich überwacht werden, um bei Marktverwerfungen kurzfristig reagieren zu können.

Zudem fordern wir harmonisierte Sanktionen in allen EU-Mitgliedstaaten für die Nichteinhaltung der Recyclingziele aus der neuen Verpackungsverordnung (PPWR). Flankierend ist ein gerechtes Zollsysteem erforderlich, das Importe aus Ländern ohne vergleichbare Standards verteuert und so Marktverzerrungen vermeidet.

Zweitens muss die Energiepreisproblematik gelöst werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Recyclingunternehmen zu sichern.

Der Zugang zu kostengünstiger und gleichzeitig sauberer Energie ist überlebenswichtig für die Branche. Notwendig sind eine gezielte Förderung entsprechender Infrastrukturen sowie der Abbau regulatorischer Hemmnisse.

Gleichzeitig sollte die Politik gezielt steuerliche Entlastungen und Subventionen für besonders energieintensive Recyclingprozesse auf den Weg bringen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bestehende Spielräume bei der Energiebesteuerung zu nutzen, um die enorme Strompreisvolatilität für Unternehmen abzufedern.

In diesem Zusammenhang ist die Einordnung der Recyclingbetriebe im Rahmen der Klassifizierung der Wirtschaftszweige in 20.16 zum 1. Januar 2026 auf Antrag zuzulassen und nicht zu verhindern, wie es durch die Landesstatistikämter derzeit erfolgt.

Drittens gilt es, den Preisdruck auf Rohstoffe zu verringern und Spekulationen mit Kunststoffabfällen wirksam einzudämmen.

Der Handel mit sortierten Kunststoffabfällen sollte auf zertifizierte Recyclingunternehmen beschränkt werden. So kann sichergestellt werden, dass nur fachlich qualifizierte Akteure Zugang zum Markt haben. Gleichzeitig brauchen wir einheitliche Qualitätsstandards für Ballenware sowie standardisierte Berichtspflichten, die eine transparente Abbildung von Recyclingmengen und -erfolgen ermöglichen. Nur wenn Mengen, Qualitäten und Verwertungswege vergleichbar sind, lässt sich auch die Recyclingquote verlässlich erhöhen.

Viertens muss die Qualität entlang der gesamten Kette – von der Sammlung über Sortierung und Recycling bis hin zur Wiederverwertung – konsequent gesichert werden. Die geltenden Vorschriften und Qualitätsstandards müssen in allen Mitgliedstaaten durchgesetzt werden. Dabei dürfen für Importe keine niedrigeren Anforderungen gelten als für inländisch hergestellte Rezyklate. Gleichzeitig ist ein europäischer Binnenmarkt für Abfälle erforderlich, der auf einem einheitlichen regulatorischen Rahmen basiert. Dieser würde nicht nur den grenzüberschreitenden Handel erleichtern, sondern auch die Reputation europäischer Rezyklate auf dem Weltmarkt stärken – insbesondere dann, wenn hohe Sortier- und Qualitätsstandards europaweit verbindlich werden.

Füftens brauchen wir eine grundlegende Vereinfachung der regulatorischen Anforderungen. Der derzeitige bürokratische Aufwand bremst Innovationen und Investitionen aus. Wir fordern daher eine deutliche Reduktion und Harmonisierung der Berichtspflichten für Unternehmen – etwa zur Recyclingquote, zur Abfalleigenschaft oder zur Einhaltung der Vorschriften für Mikroplastik. Gleichzeitig muss ein EU-weit einheitlicher Prüfrahmen eingeführt werden, auf dessen Basis Recyclingprozesse und -anlagen effizient zertifiziert werden können. Ein besonders dringender Punkt ist zudem die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren: Neue Anlagen und Modernisierungen müssen künftig innerhalb von maximal sechs Monaten genehmigt werden – analog zum beschleunigten Verfahren für erneuerbare Energien. Nicht zuletzt bedarf es EU-weit harmonisierter Sanktionen für die Nichteinhaltung der Marktzugangsbedingungen für Rezyklate gemäß SUPD und PPWR.

Sechstens sind gezielte finanzielle Anreize und Fördermittel notwendig, um den Rezyklatmarkt dauerhaft zu stabilisieren. Die öffentliche Hand sollte ihre immense Marktmacht durch nachhaltige Beschaffung nutzen. Konkret fordern wir steuerliche Vorteile für Produkte mit EU-Rezyklatanteil und klare Beschaffungskriterien, die die Verwendung europäischer Rezyklate priorisieren. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) vereinheitlicht werden. EPR-Systeme sollten künftig verstärkt auf sogenannte Ökomodulationsmodelle setzen, die Unternehmen für

die Verwendung recycelter Materialien aus europäischer Herkunft belohnen. Schließlich muss der Zugang zu Finanzmitteln aus europäischen Fonds – etwa dem Wettbewerbsfonds – für Kunststoffrecycler erleichtert werden. Nur so können dringend notwendige Investitionen gesichert und der drohende Rückbau der Branche gestoppt werden.

Die europäische Recyclingwirtschaft hat in den vergangenen Jahren gewaltige Anstrengungen unternommen, um gesetzliche Vorgaben zu erfüllen – allein zwischen 2020 und 2023 wurden über fünf Milliarden Euro investiert. Diese Investitionen drohen nun verloren zu gehen, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird. Wenn Europa seine Recyclingquoten und Klimaziele ernst nimmt, müssen jetzt die politischen Weichen für eine resiliente, wirtschaftlich tragfähige Kreislaufwirtschaft gestellt werden. Das Kunststoffrecycling ist kein Nischensektor – es ist ein Schlüsselbereich für Ressourcensicherheit, Klimaschutz und industrielle Zukunft in Europa.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!